

Zukunft für Arbeit

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Einleitung

Galt Deutschland in den vergangenen 20 Jahren mit seinen, im OECD-Vergleich niedrigen Wachstumsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit und seinem vergleichsweise starren Arbeitsmarkt als schlechtes Beispiel des alten Europas, so hat es sich durch die Robustheit des Arbeitsmarktes und durch die Dynamik der Volkswirtschaft in der Krise zum Muster-schüler gemausert. "Die Krise scheint das angelsächsische Wachstumsmodell in Verruf zu bringen und gleichzeitig das Festhalten am deutschen Modell zu rechtfertigen", so zitiert z.B. die Welt am Sonntag den "Economist"¹

Die Bundesrepublik Deutschland schafft es dabei scheinbar spielend, den wohl schwersten konjunkturellen Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise 1929 hinter sich zu lassen. Während die meisten OECD-Länder die Rezession bis heute noch nicht überwunden haben, scheint Deutschland diese schon wesentlich früher überstanden zu haben und sogar gestärkt aus ihr hervorgegangen zu sein. Die Hart-Reformen und die daraus resultierende Lohnzurückhaltung der Tarifparteien und pessimistische Annahmen der Unternehmen haben dazu geführt, dass wir heute den höchsten Beschäftigungsstand in Deutschland seit der Wiedervereinigung haben.

Da dieser konjunkturelle Verlauf am Arbeitsmarkt in den bisherigen Aufzeichnungen einmalig und eine ähnliche Tendenz in den übrigen OECD-Ländern nicht erkennbar ist, sprechen viele Berichterstatter der Medien und Wissenschaftler sogar vom „deutschen Arbeitsmarktwunder“. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der deutsche Arbeitsmarkt noch nicht fit für die wachsenden Aufgaben des demographischen Wandels ist. Fachkräftemangel, zu viel staatliche Regulierung und ein wachsendes soziales Gefälle zeigen, dass es noch viel zu tun gibt, um den kommenden Generationen eine Chance auf ein nachhaltiges Leben in Wohlstand zu sichern.

¹ Welt am Sonntag (2010): Das Deutsche Wunder.

28 **Fachkräftemangel**

29 Seit Jahren wird ein Fachkräftemangel für Deutschland prognostiziert. In Teilbereichen ist
30 er bereits eingetreten. Fehlende Ingenieure, Angestellte im Gesundheitswesen und fä-
31 cherspezifischer Lehrermangel ist real präsent.

32 Dabei lebt Deutschland von seinen Innovationen und qualifizierten Fachkräften. Bis 2025
33 werden dabei nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit noch rund 6,5 Millionen Men-
34 schen zusätzlich weniger auf dem Arbeitsmarkt sein. Es ist also nicht davon auszugehen,
35 dass sich der Fachkräftemangel von alleine behebt. Eine Lösung kann nur durch eine Erhö-
36 hung der absoluten Zahl der Arbeitnehmer oder durch eine Steigerung der Wertschöpfung
37 je Arbeitnehmer erfolgen. In den letzten Jahren konnte dabei jedoch beobachtet werden,
38 dass mehr Erwerbspersonen ausgewandert sind, als an Zuzug von Fachkräften registriert
39 wurde. Es wandern also nicht genügend ausländische Fachkräfte ein, um den Wegzug ein-
40 heimischer Fachkräfte zu kompensieren.

41 Schlüsselaspekte hierbei sind vor allem die Arbeitsbedingungen. Steigende Gehälter sind
42 dabei unumgänglich. Es muss gelingen ein attraktives Arbeitsklima zu schaffen, in dem
43 sich sowohl Arbeitnehmer, als auch Arbeitgeber wohl fühlen und sich aufeinander verlas-
44 sen können. Das bedeutet sowohl Angleichung der Gehälter auf Standards von anderen
45 Industrieländern, als auch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, kontrollierte Integration
46 von neuen Fachkräften aus dem Ausland, Sicherung und Erweiterung der Bildungs- und
47 Qualifikationsstandards, gute Lebensbedingungen und ein positives gesellschaftliches
48 Klima, das nicht investitions- und unternehmerfreundlich eingestellt ist. Flexible, aber
49 durchaus verlängerte Arbeitszeiten sind erforderlich. Ein fließender Renteneintritt nach
50 Wunsch der jeweiligen Erwerbsperson wird notwendig aber auch ältere Arbeitnehmer ab
51 55 Jahren müssen viel stärker am Arbeitsmarkt Partizipation erfahren, der Ausschluss die-
52 ser ist ein nicht zu bemessener Wissensverlust.

53 Zur Sicherung der Bildungsstandards muss ein Zuzug weiterer ausländischer Arbeitskräfte
54 nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet werden. Entsprechend eines Punkte-
55 systems erhalten diese nach ihren unterschiedliche Qualifikationen, je nach Marktlage,
56 entsprechende Bewertungen. Sprachkenntnisse und die Bereitschaft der gesellschaftlichen
57 Teilhabe sind dabei jedoch zwingend erforderlich. Der Nachzug von Familienangehörigen
58 ist ebenfalls zu vereinfachen.

59 Große Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland haben ent-
60 sprechend restriktive Maßnahmen ergriffen und sind bei qualifizierten Einwanderern im-
61 mer noch beliebt. Lediglich die Arbeits- und Lebensbedingungen sind entscheidend, ob
62 sich zukünftige Fachkräfte in Deutschland niederlassen. Der Verwässerung von Qualifika-
63 tionen muss passend entgegengewirkt werden. Neben Reduzierung der Abbruchquoten in
64 Schule und Studium müssen Abschlüsse bundesweit vergleichbar sein. Die Wertigkeit von
65 Schulabschlüssen muss erhalten bleiben. Dem ideologischen Irrglauben, dass jeder Mensch
66 Abitur benötigt, muss entschlossen entgegengewirkt werden. Insbesondere der Vergleich
67 des Bildungssystems mit anderen Ländern ist kritisch zu betrachten. Allgemein müssen
68 Bildungswesen und Arbeitsmarkt transparenter gestaltet werden.

69 Nicht nur der Staat, sondern auch die private Wirtschaft sowie jeder einzelne Bürger kann
70 und muss mithelfen, dass Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt. Moderate
71 Lohnanpassung, flexible Arbeitszeiten, Sicherung der Qualifikationsstandards und die
72 Schaffung einer Willkommenskultur werden wichtige Bausteine zur Erreichung dieses Ziels
73 sein, dementsprechend fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

- 74 • Die Anpassung der Löhne und Gehälter für Qualifizierte an internationale Stan-
75 dards von Industrieländern.
- 76 • Den Ausbau der attraktiven Arbeitsbedingungen, wie ganztägige Kinderbetreu-
77 ungsangebote, Ausbau der Vollzeitstellen, interdisziplinäres Verhalten zwischen
78 Arbeitnehmern und Arbeitgebern und Reduzierung der Zeitarbeitsstellen.
- 79 • Eine Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer (und Rentner) ab 55 Jahren durch
80 gezielte Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und Aufbaumaßnah-
81 men, u.a. durch Aufführung in den Statistiken der BA (Arbeitslose über 55).
- 82 • Die Erprobung von Maßnahmen um Fachkräfte in Deutschland zu halten, bspw.
83 durch Anreize, Selbstverpflichtungen oder Erlass von Studiengebühren.
- 84 • Ein Stetiges Austauschen von Bildungsträgern und der Wirtschaft um Erfordernis-
85 sen schnell und gezielt gerecht zu werden. Abbau von Überqualifizierungen durch
86 Optimierung und Reduzierung der jeweiligen Lehrpläne und Ausbildungsinhalte.
- 87 • Das Schaffen von hohen Mindeststandards in Schulen mit bundesweiten Ver-
88 gleichsmöglichkeiten. Dementsprechende muss die qualitative Ausbildung der
89 Quantitativen vorgezogen werden.

- 90 • Die Sicherung und das Bewerben des Zuzugs von ausländischen Fachkräften; orien-
91 tiert an einem Punktesystem, das sich u.a. von der Profession der Arbeitskräfte ab-
92 hängig ist und stetig aktualisiert wird. Gute Sprachkenntnisse sämtlicher Familien-
93 angehörigen, sowie die Bereitschaft am gesellschaftlichen Zusammenleben müssen
94 gewährleistet sein. Schnelle Verwaltungsprozesse und die Schaffung einer Will-
95 kommenskultur garantieren dabei, neben guten Arbeits- und Lebensbedingungen,
96 eine steigende Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei außereuro-
97 päischen Fachkräften.
- 98 • Ein Abbau staatlicher Regulierung, sowie ein fließender Rentenübergang ohne „Al-
99 tersschränke“ und Erhöhung der Grenzen der Zuverdienstmöglichkeiten von Rent-
100 nern.

101

102 **Soziale Verantwortung**

103 Trotz der sich wirtschaftlich guten Lage leben immer mehr Menschen in Angst und Sorge
104 vor einer möglichen sozialen Abstieg. Es ist kein Vertrauen in soziale Sicherungssysteme
105 vorhanden und die Angst vor Diskriminierung steigt weiter. Ein starkes Bekenntnis nach
106 hoher Mobilität erfordert von Arbeitnehmern mit Familie eine große Willensbereitschaft
107 und Aufgabe sozialer Kontakte und schlussfolgernd die Entfernung, fortschreitend bis zum
108 Härtefall, der Entwurzelung und schließlich Verkümmern von Gesellschaftskontakten.
109 Die Zerrüttung der Gesellschaft und Verelendung von vielen Existenzen sind mitunter die
110 Folge. Immer mehr Menschen leben alleine oder sind zumindest alleinerziehend, die Aus-
111 wirkungen lassen sich u.a. in den Armutsberichten ablesen. Die so genannten Single-
112 Haushalte merken oft erst im Alter, dass ihnen Fürsorge und Gesellschaft fehlt, dem Staat
113 fallen hohe soziale Kosten in der Pflege, Betreuung und Unterbringung an, zusätzlich zu
114 den Sekundäreffekten, wie Abhängigkeit von Drogen oder Überschuldung.

115 Der Staat leistet durch die sozialen Sicherungssysteme Schutz, die leeren Haushaltskassen
116 führen hingegen unweigerlich zu Kürzungen in diesen Bereichen. Neben der Grundsiche-
117 rung kann der Staat keine weitere Fürsorge finanziell übernehmen. Hier sind die Bürger
118 gefragt, aber auch Unternehmen können sich hervorragend positiv für die Gesellschaft
119 direkt vor Ort einbringen.

120 Der aktivierende Sozialstaat bleibt die Basis für konstruktive Anreize. Potentielle Arbeit-
121 nehmer, die sich der Arbeit verweigern und gleichzeitig Transferleistungen erhalten, müs-
122 sen mit dem Verlust sämtlicher Leistungen rechnen. Die Akzeptanz der wirklichen Hilfsbe-
123 dürftigen ist durch Sozialmissbrauch massiv gesunken, die soziale Ausgrenzung steigt zu-
124 nehmend. Jedes Kind muss daher sensibilisiert werden, dass Arbeit ehrbar ist. Jeder der
125 arbeiten will, sollte auch die Möglichkeit zur Arbeit bekommen. Gleichwohl ist es Aufgabe
126 der Wirtschaft dafür zu sorgen, dass jeder Arbeitnehmer mit seiner Familie von dessen
127 Gehalt leben kann. Die sogenannte „Dinks“ (double-income-no-kids) Generation muss
128 überwunden werden. Kinder sind dabei das Wichtigste für die Zukunft unserer Gesell-
129 schaft.

130 Die soziale Verantwortung liegt hierbei nicht allein beim Staat, sondern es ist ein aktives
131 Zusammenwirken von staatlicher Fürsorge, gesellschaftlichen Engagement der Bürger und
132 der Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber der Gesellschaft nötig. Das Bewusstsein für
133 die soziale Verantwortung muss wieder stärker im Vordergrund stehen. Nur so kann und
134 wird das friedliche und verständnisvolle Zusammenleben unterschiedlicher Generationen,
135 unterschiedlicher Herkünfte und sozialer Stellung gewährleistet werden und Deutschland
136 weiterhin ein attraktives und zukunftsfähiges Land bleiben.

137

138 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

- 139 • Ein stärkeres Bekenntnis zum Ehrenamt. Die Akzeptanz und der Wille werden ge-
140 schärft durch Aufklärungskampagnen und steuerliche Anreize.
- 141 • Flächendeckende Eingliederungsmaßnahmen von ALG II Empfängern durch Projek-
142 te wie „Stadtteil aktiv“ in Kiel.
- 143 • Anti-Mobbing Kampagnen an Schulen und Kindergärten. Das Tragen von Schuld-
144 uniformen sollte durch die jeweiligen Schulträger geprüft werden. Unternehmen
145 müssen im Zweifel für Fehler ihres Managements in Bezug auf Mobbing haften.
146 Sämtliche Arbeitgeber haben entsprechendes Verhalten ihrer Mitarbeiter zu unter-
147 binden und in keiner Weise zu tolerieren.
- 148 • Aktive Maßnahmen zur Verlangsamung des demografischen Wandels ergreifen, er-
149 arbeitete „Aktionspläne Demografischer Wandel“ konsequent umsetzen.

- 150 • Das gesellschaftliche Engagement vor Ort stärken. Kommunen müssen ihre regio-
151 nale Bedeutung hervorheben und ihre Bürger animieren sich miteinzubringen und
152 an kulturellen Ereignissen teilzunehmen. Der Zersiedlung muss vorgebeugt, der
153 ländliche Raum weiterhin gestärkt werden.

154

155 **Institutionen am Arbeitsmarkt**

156 Ziel einer Reform des Arbeitsmarktes muss es sein, durch Reform der institutionellen Fak-
157 toren ein neues Gleichgewicht am Arbeitsmarkt bei einer niedrigeren strukturellen Ar-
158beitslosigkeit zu schaffen, um Vollbeschäftigung in Deutschland wieder zu ermöglichen.

159 Dabei gilt es die Debatte um Mindestlöhne zu beenden und sich zu klären, durch die Tarif-
160 parteien ausgehandelten, volkswirtschaftlich verantwortlichen Lohnschranken zu beken-
161 nen. Gewerkschaften haben dabei stärker als bisher ihrer gesamtstaatlichen Verantwor-
162 tung Rechnung zu tragen und dürfen ihre Verhandlungsmacht nicht zum alleinigen Wohl
163 ihrer Mitglieder, gegen die Interessen der Arbeitslosen ausnutzen. Die Bundesagentur für
164 Arbeit (BA) muss sich dabei noch stärker, als bisher zu einer echten Serviceagentur entwi-
165 ckeln, bei der die schnelle Vermittlung von Erwerbslosen in neue Beschäftigung absolute
166 Priorität hat. Es gilt dabei die beiden Geschäftsbereiche der Vermittlung in Arbeit und der
167 als Verwaltungsträgerin der Arbeitslosenhilfe stärker zu trennen. Private Jobcenter könn-
168 ten dabei die BA noch stärker, als bisher unterstützen.

169 Weiterhin muss die Arbeitslosenversicherung vereinfacht und somit die BA als Verwal-
170 tungsträgerin der Arbeitslosenversicherung entlastet werden. Zu überlegen wäre dabei
171 z.B., keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu erheben, sondern diese einfach zum
172 Teil auf die Lohnsteuer aufzuschlagen. Arbeitslosengeld I (ALG I) wäre somit dann Steuer-
173 finanziert und ein großer Teil des Verwaltungsapparats der BA überflüssig. Die Leistungs-
174 ansprüche auf ALG I würden sich dann an der in der Vergangenheit gezahlten Lohnsteuer
175 bemessen und könnte ähnlich wie heute bei einem bestimmten Anteil gedeckelt sein.

176 Arbeitslosengeld I sollte dabei generell kürzer und degressiv gezahlt werden. Damit würde
177 sich der Anreiz für Erwerbslose erhöhen, möglichst schnell eine neue Beschäftigung aufzu-
178 nehmen, um nicht in den gefährlichen Trott der Langzeitarbeitslosigkeit zu verfallen. Der
179 Bezug von Arbeitslosengeld könnte dabei auch an eine konjunkturelle Komponente ge-
180 koppelt werden, die in konjunkturell schlechten Zeiten einen längeren Bezug erlaubt. Dies

181 würde somit verhindern, dass Arbeitslose, wenn sie im Abschwung keine Beschäftigung
182 finden, in die Sozialhilfe abrutschen und würde somit den Nachfragerückgang dämpfen.

183 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 184 • Klare und volkswirtschaftlich verantwortliche Lohnuntergrenzen
- 185 • Eine Neuorganisation der Bundesagentur für Arbeit, mit dem klaren Augenmerk
186 auf der Vermittlung von Arbeit.
- 187 • Mehr private Job Center, zur Unterstützung der BA und Erhöhung der Transparenz
188 auf dem Arbeitsmarkt.
- 189 • Eine vereinfachte und steuerfinanzierte Arbeitslosenunterstützung zur Senkung
190 von Verwaltungskosten
- 191 • Einen verkürzten und degressiven Bezug von Arbeitslosengeld I
- 192 • Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die passende Arbeitsangebote abschlagen,
193 oder nicht an Maßnahmen der BA/ Job Center teilnehmen, müssen mit stärkeren
194 Sanktionen bestraft werden.